

Erfolg: Mexikanische Umweltschützer endlich frei

■ Präsident Fox reagiert nach Mord an Rechtsanwältin auf internationalen Druck

Was braucht es zur Freilassung unschuldig inhaftierter Bürger? In Mexiko viel internationalen Druck und dazu noch die Ermordung der Rechtsanwältin der Betroffenen: Das ist der Preis, den zu bezahlen Umweltschützer und Menschenrechtsaktivisten bereit sein müssen, wenn sie für ihre Rechte und gegen die Korruption kämpfen wollen. Es kommt somit wenig Freude auf über die längst überfällige Freilassung der Umweltschützer Montiel und Cabrera, mit der sich Präsident Fox etwas internationales Ansehen zu retten versucht.

Die beiden Landarbeiter Rodolfo Montiel und Teodoro Cabrera waren im Mai 1999 festgenommen worden, weil sie sich gegen die Zerstörung der Wälder in ihrer süd-mexikanischen Heimat Guerrero gewehrt hatten. Mit ihrem Widerstand waren sie schließlich so erfolgreich, daß sich die amerikanische Holzfirma Boise Cascade aus der Region zurückzog. Damit machten sich die Umweltschützer Feinde unter den korrupten Dorffürsten und den Militärs, die sich über die Jahre an den umstrittenen

Holzgeschäften goldene Nasen verdient hatten. Diese mußten fürchten, daß die erfolgreichen Umweltschützer weitere Aktionen gegen Korruption und Ausplünderung der Region starten würden.

In einer Blitzaktion - bei der ein Mitschreiber sein Leben verlor - wurden Montiel und Cabrera von Militärs gefangen genommen und in einem umstrittenen Verfahren des illegalen Waffen- und Drogenbesitzes für schuldig befunden, was sie für mehrere Jahre hinter Gitter brachte.

Menschenrechtsorganisationen reklamierten von Beginn, daß ein angebliches Geständnis der beiden durch Folter erzwungen worden war und daß den Angeklagten sowohl Waffen als auch Drogen untergeschoben worden waren.

Im April diesen Jahres mußte angesichts vieler (inter-)nationaler Proteste das Verfahren wieder aufgenommen werden. Doch wichtige Beweisstücke wurden wieder nicht zugelassen. Die Revision endete mit einer Bestätigung des ursprünglichen Urteils, was Insider wenig verwunderte: Der Leitende Staatsanwalt ist der ehemalige General Macedo de la Concha. Und dieser weiß bisher zu verhindern, daß - obwohl ihnen viele Schandtaten zugeschrieben werden - es in Mexiko ein Strafverfahren gegen Militärangehörige gibt. Menschenrechtler kritisieren dies als idealen Nährboden für fortwährende Korruption bis hin zu Morden, wie den an der Anwältin Digna Ochoa (siehe Seite 3).



Leere Zelle: die Umweltschützer sind endlich frei - die Folterer laufen noch frei herum

Wer sich über die Umstände empört, die zunächst zur Verhaftung und Verurteilung und dann zur Freilassung der beiden mexikanischen Umweltschützer führten, darf dies nicht als eine nur in fernliegenden Bananenrepubliken mögliche Episode abtun. Selbst dann nicht, wenn erst eine Rechtsanwältin ermordet werden muß, damit ihre Mandanten endlich auf freien Fuß gesetzt werden. Man muß nicht weit gehen: Wir empören uns ebenso über die Praktiken der öffentlich-rechtlichen WestLB mit Sitz in Düsseldorf. Diese Bank will ohne jede Transparenz und Skrupel in Ecuador Geschäfte mit Öl auf Kosten von Regenwald und Menschen machen - ungeachtet der Proteste Betroffener und drohender Gefahren.

Und wir empören uns über die Bundesregierung, die - entgegen besseren Wissens und weil sie davon sogar profitiert - keine Maßnahmen gegen die Importe illegal eingeschlagenen und gehandelten Tropenholzes ergreift. Regenwaldzerstörung, mitgetragen von einer untätigen deutschen Regierung - wo nicht einmal die Zuständigkeit geregelt ist: Fragen Sie doch einmal an, welche Behörde illegale Importe verhindern soll. Ihr Pro REGENWALD - Team

■ Inhalt

- | | |
|--|---|
| <p>2 Mexiko: Ein Fox für Umwelt und Menschenrecht?</p> <p>3 Digna Ochoa - für Menschen- - rechtseinsatz ermordet</p> <p>4 Ecuador: Unser täglich Öl</p> <p>6 UVP: ja - aber wozu?</p> <p>7 WestLB: Global Player ohne ökologische Orientierung</p> <p>8 Völlig außer Kontrolle: Tropenholzhandel</p> <p>9 Holzschnuggel: Schuld feststellen - Schuld abtragen</p> | <p>11 Diskussionsbeitrag: Ist die Zertifizierung von Holzprodukten mehr als ein Vermarktungsinstrument?</p> <p>12 Interview: Der Amazonaswald bietet mehr als Holz</p> <p>13 Sarawak nach der Wahl: Das System schlägt zurück</p> <p>14 Kinderseite: Restgeld für den Regenwald</p> <p>15 Aus dem Büro/Fördermitglieder</p> <p>15 Impressum</p> <p>16 Geschenk-Tips/Aus aller Welt</p> |
|--|---|

Mexiko: Ein Fox für Umwelt und Menschenrecht?

■ Freigelassene Umweltschützer wagen sich noch nicht in ihre Heimat, doch ...

Vicente Fox ist in der Zwickmühle. Wenn der mexikanische Präsident sich mit seinen Amtskollegen Bush und Chretien zum Dialog über die Weiterentwicklung der Freihandelszone NAFTA berät, dann will er gleichberechtigter Partner sein - ganz gewiß in Wirtschaftsfragen, politischer Stabilität und eigener Autorität. Beschämende Blöße zeigen muß er aber bei den Menschenrechten. Trotz vollmundiger Ankündigungen zu seinem Amtsantritt gelingt es Fox nicht, die alten Seilschaften der Militärs zu zerschlagen und Mexiko zu einer 'zivilierten Demokratie' umzugestalten. Das ist das Umfeld, in dem sich Montiel und Cabrera jetzt mit ihrer wiedergewonnenen Freiheit behaupten müssen.

Es wird keine einfache Zeit werden. "Dorthin zurückzugehen, mit der Armee in den Wäldern, würde bedeuten, zum Sterben zurückzugehen", erklärte Montiel in einem Interview gleich nach

seiner Freilassung. Offensichtlich hat er da schon von dem neuen Anschlag auf Felipe Arriga, den amtierenden Koordinator ihrer Umweltorganisation, gehört. Fröhlich am 1. November eröffneten in El Venado Unbekannte das Feuer

auf einen LKW, mit dem Arriga in die Hauptstadt reisen wollte. Bei dem Zwischenfall wurden drei Passanten getötet - Arriga, der nur wenige Minuten zuvor den Tatort passiert hatte, wollte zu einem Termin mit Präsident Fox, um sich über die andauernde Gewalt und Unterdrückung in der Region zu beschweren.

Die Unterdrückung geht zum großen Teil vom Militär aus, welches in den Wäldern des Bundesstaates Guerrero stationiert ist und gemeinsame Sache mit korrupten Kaziken (oder Bürgermeistern) macht. Montiel fordert in seinem Interview: "Wenn Fox wirklich den Willen hat, das Problem zu lösen, muß er die Militärs aus Guerrero zurückziehen, damit sie nicht länger die lokalen Machthaber unterstützen".

Sowohl Kaziken als auch Militärs fürchten durch die Aktivitäten der Umweltschützer und Menschenrechtler an Einfluß (und Einkommen) zu verlieren. Noch heute operieren in der Region, oft im Auftrag dieser lokalen Machthaber (politisch einflußreiche Leute, Großgrundbesitzer), paramilitärische Grup-

pen, die von den Behörden gedeckt oder geduldet werden - und zur Verschärfung der sozialen, wirtschaftlichen und auch ökologischen Konflikte beitragen.

Präsident Fox droht am Militär zu scheitern - und der Umstand, daß er zu Regierungsbeginn aus taktischen Gründen den ehemaligen General Rafael Macedo de la Concha zum Leitenden Staatsanwalt gemacht hat, ist dem Anliegen, endlich auch bei den Militärs durchzugreifen, eher hinderlich. Der Ex-General will seinen früheren Freunden ungerne das Handwerk legen oder sie für Straftaten in der Vergangenheit belangen.

Und davon gibt es reichlich. Es ist in Mexiko ein offenes Geheimnis, daß Militärkräfte sich besonders durch Morde, Folter und das 'Produzieren falscher Beweise' hervortaten. Kein Wunder also, daß Montiel und Cabrera auf Grund der 'Beweislage' für den Besitz von Waffen und Rauschgift der Prozess gemacht werden konnte. Entgegen seiner Ankündigungen hat sich Präsident Fox bisher nicht durchsetzen können, längst überfällige Untersuchungen und Verfahren gegen Militärangehörige durch seine Justizbehörden auf den Weg zu bringen.

Im Gegenteil: AnwältInnen und AktivistInnen verschiedener Menschenrechtsorganisationen erhalten seit der Ermordung von Digna Ochoa im Oktober in zunehmendem Maße Todesdrohungen. Es scheint, daß sich die Attentäter derzeit vor Verfolgung sicher fühlen und noch diejenigen aus dem Weg räumen wollen, die Probleme machen könnten, klagen die Betroffenen.

Mario Patron, der neue Rechtsanwalt von Montiel und Cabrera, fürchtet auch um die Sicherheit seiner Mandanten. Eine Friedensbrigade, bestehend aus internationalen AktivistInnen, soll die beiden Landarbeiter in ihre Heimat be-

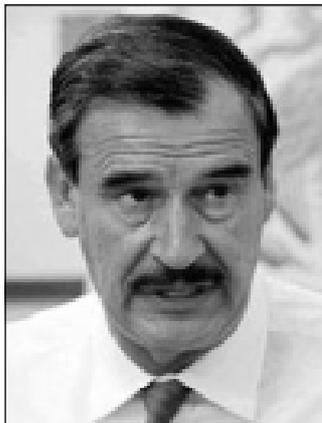
gleiten - eine Dauerlösung kann das nicht sein.

Trotzdem: den Wert der Solidarität und Hilfe aus dem In- und Ausland haben die beiden Landarbeiter schon in der Vergangenheit schätzen gelernt. Montiel sagt: "Wir sind der Zivilgesellschaft dankbar, die uns unterstützt hat, unsere Freiheit wiederzuerlangen, den Massenmedien, die unseren Fall verbreitet haben und den Nichtregierungsorganisationen".



Cabrera und Montiel sind seit Mitte November frei.

Der Widerstand war mühsam und ihr zukünftiger Weg ist ungewiß. Sie tragen alle schwer am Schicksal und an der Verantwortung - doch es ist besser, als sich weiter ausbeuten zu lassen. Montiel und Cabrera sind trotz des Gefängnisaufenthalts zuversichtlich: "Wir sagten uns, daß sie uns festgenommen hatten, weil wir unsere Wälder verteidigt haben. Wir haben unseren Teil beigetragen. Und wir haben einen hohen Preis bezahlt, zweieinhalb Jahre hinter Gittern, aber wir geben uns nicht geschlagen. Wir werden weiterhin unsere Kameraden von der Organisation unterstützen. Wir fühlen uns nicht besiegt. Wir werden den neuen Kampf weiterführen, die Wiederaufforstung fördern und die Regierung auffordern, die Gemeinden zu unterstützen. Wir werden weiterhin für die Menschenrechte und die Wälder kämpfen."



Präsident Vicente Fox in Sorge

Digna Ochoa - für Menschenrechtseinsatz ermordet

■ Die mexikanische Rechtsanwältin einfach aus dem Weg geräumt

Der Kampf für den Erhalt der Wälder weltweit ist zuallererst ein Kampf für Menschenrechte und um die Selbstbestimmung der Menschen, die von der Zerstörung unmittelbar betroffen sind. Meist sind es 'Eindringlinge', (multi-)nationale Unternehmen oder Regierungsprojekte, die bei der großflächigen Ausbeutung dieser noch wenig erschlossenen Gebiete andere Ziele verfolgen (und dabei häufig unlautere Methoden anwenden), als die Menschen, die in der Region und von ihr leben. Diese Unterdrückung passiert täglich - in Sarawak, in Ecuador, in Brasilien oder auch in Mexiko. Dort mussten Landarbeiter für Jahre hinter Gitter, weil sie sich den Ausbeutern in den Weg stellten. Zur Unterstützung solcher Fälle braucht es dann engagierte und mutige Menschen, die als Bindeglied zwischen den Rechtlosen und der internationalen Soli-Szene fungieren - und die sehr gefährlich leben oder sogar für ihren Einsatz mit dem Leben bezahlen.

Digna Ochoa y Placido, wie die renommierte Menschenrechtsanwältin mit vollem Namen hieß, wurde 37 Jahre alt. Sie wurde am 19.10. in ihrem Büro in Mexico City erschossen. Neben Dignas Leiche fand sich eine Morddrohung an weitere Menschenrechtsaktivisten. Es gilt als sicher, daß der Mord politische Gründe hat.

Digna hatte in der Vergangenheit zahlreiche heikle Fälle übernommen, in denen die Beteiligung staatlicher mexikanischer Stellen, insbesondere des Militärs, an groben Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten deutlich wurde. Als Anwältin der Zapatisten-Rebellen machte sie sich viele Feinde in der Regierung und beim Militär. Nun scheint ihr ihr Engagement für die beiden Landarbeiter und Umweltschützer Rodolfo Montiel und Teodoro Cabrera zum Verhängnis geworden zu sein. Dies gab der Leiter der Staatsanwaltschaft von Mexico City, Bernardo Batiz, bekannt: "Wir haben keine Hinweise gefunden, die speziell auf irgend jemand hinweisen". Er könne keine Details offenlegen, die "die Drahtzieher des Mordes alarmieren würden", aber er erklärte, dass Ochoas Arbeit im Bundesstaat Guerrero weiterhin die Hauptspur sei, die seine Behörde verfolgte. 1995 hatte die multinationale Firma Boise Cascade unter dem Deckmantel der Firma Costa Grande Forest Products und mit Rückendeckung eines lokalen Mafiosi die Ausbeutung der Bergwälder im Bundesstaat Guerrero begonnen. Als die Umweltschutzgruppe der Campesinos, OPES, 1998 nach drei Jahren Kahlschlag erreicht hatte, daß sich Boise Cascade - besorgt wegen der schlechten Publicity - aus der Region Sierra de Petatlan zurückzog, übernahm u.a. die mexikanische Firma Union de Ejidos Rubén Figueroa die Abholzung der verbliebenen Wälder. Lokale Mafia-Größen und die Armee, die im Bundesstaat Guerrero eher wie eine paramilitäri-

sche Truppe auftritt und sich wenig um ihre in der mexikanischen Verfassung vorgegebenen Rechte und Pflichten schert, scheinen durch Korruption und andere illegale Machenschaften mit dem Holzgeschäft verbunden zu sein. So war es auch die Armee und nicht die Polizei, die Rodolfo Montiel und Teodoro Cabrera festnahm und folterte. Digna prangerte die allgemein übliche Methode der Sicherheitsorgane an, die die Umweltschützer durch Folter zu "Geständnissen" gezwungen hatten.

Als Menschenrechtsanwälte in der Vergangenheit bei ähnlichen Fällen Vorwürfe gegen die Armee erhoben hatten, wurden diese entweder gleich ignoriert oder die Untersuchung an ein Militärgericht übergeben, das dann die Ankläger statt der Täter beschuldigte. Digna hatte diese Mißstände wiederholt beklagt: "Wenn die Mitglieder der mexikanischen Armee für die systematische Verletzung von Menschenrechten verantwortlich sind, wie sollen diese dann sich selbst ordentlich untersuchen im Hinblick auf diese Fälle?" Als der neugewählte Präsident Vicente Fox ausgerechnet den General Rafael Macedo de la Concha zum Leitenden Staatsanwalt berief, ahnten MenschenrechtsaktivistenInnen daher nichts Gutes.

Die 37 Jahre alte Digna, eine ehemalige katholische Nonne bei den Dominikanerinnen, hatte 7 Jahre lang für das Miguel Agustín Pro Juárez Center for Human Rights (PRODH) in Mexico City gearbeitet, eine Menschenrechtsorganisation, die 1988 vom Jesuitenorden gegründet wurde. Sie hatte wie auch ihre KollegInnen seit 1996 wiederholt Morddrohungen erhalten, denen die Polizei und Justiz nach Aussage ihrer ehemaligen Kollegen vom PRODH nicht gründlich genug nachgegangen war. Nachdem sie den Fall Montiel und Cabrera übernommen hatte, wurde sie im August 1999 von Unbekannten gekid-

nappt, in ein Auto gezerrt und mißhandelt, dann aber wieder freigelassen. Im Oktober 1999 wurde sie nochmals überfallen, in ihrer Wohnung mit verbundenen Augen ans Bett gefesselt, 9 Stunden lang verhört und schließlich mit einem geöffneten Gasventil zurückgelassen, das langsam zum Erstickungstod oder zu einer Explosion führen sollte. Dieser Mordversuch mißlang, sie konnte sich befreien und retten. Sie beschloß daraufhin, ihre Arbeit für das PRODH zu beenden, um nicht ihre Kollegen noch



Digna zeigt an sie gerichtete Morddrohungen

mehr in Gefahr zu

bringen, und emigrierte zu ihrer eigenen Sicherheit im August 2000 in die USA.

Doch die Mißstände in ihrer Heimat ließen ihr keine Ruhe. Sie sagte einmal: "Ich bin immer wütend geworden, wenn andere leiden mußten. Wut ist für mich Energie, eine treibende Kraft. Wenn eine ungerechte Handlung keinen Ärger in mir auslöst, könnte das als Gleichgültigkeit und Passivität ausgelegt werden. Die Ungerechtigkeit ist es, die uns motiviert, etwas zu tun und dabei Risiken einzugehen, weil wir wissen, dass alles beim Alten bleibt, wenn wir nichts tun."

Schon im März 2001 kehrte sie nach Mexiko zurück, wo sie weiter als Menschenrechtsanwältin arbeitete, allerdings nur mehr informell mit dem PRODH verbunden. Die mexikanische Polizei stellte ihren Personenschutz ein, weil sie Digna nicht mehr für akut gefährdet hielt. Als Digna im September erneut Morddrohungen erhielt, wandte sie sich nicht an die Polizei, da sie nach Aussage ihrer ehemaligen Kollegen enttäuscht und verbittert war über die Untätigkeit der Polizei und Justiz bei der Suche nach ihren Verfolgern. Falls überhaupt Untersuchungen eingeleitet worden waren, blieben diese ergebnislos.

Pro REGENWALD hat eine e-mail-Aktion auf der Website, mit der Forderung, umgehend gewissenhafte Untersuchungen zur Aufklärung der Tat und zur Bestrafung der Täter durchzuführen. Wir bitten alle, daran teilzunehmen.

Unser täglich Öl: Vergiftetes Land, verschuldeter Staat

■ 30 Jahre Ölförderung in Ecuador - ein einziger Albtraum

Bunt schillernde Ölseen, berstende Rohre, zerstörte Wälder, tote und kranke Menschen und ein Schwindel erregendes Schuldenloch - 30 Jahre Ölbusiness haben in Ecuador nicht zu übersehende Schäden hinterlassen. Nur die "Westdeutsche Landesbank" (WestLB) weiß von alledem offenbar nichts. Deutschlands größtes öffentlich-rechtliches Geldinstitut steht unbeirrt und trotz massiver Proteste an der Spitze eines Bankenkonsortiums, das mit einem Kredit über 900 Mio. US-Dollar den Bau einer neuen Pipeline durch Ecuador finanzieren will. Das Projekt trägt den Namen "Oleoducto de Crudos Pesados", kurz OCP.

"Die Pipeline wird katastrophale ökologische, soziale und ökonomische Auswirkungen auf unser Land haben. Sie wird über eine Million Menschen in Ecuador beeinträchtigen oder gar schwer schädigen, weil ihr Lebensraum zerstört wird", sagt Ivonne Yanez von der ecuadorianischen Umweltorganisation 'Acción Ecológica'.



Wasserloch oder Ölpfütze?
Für die Anwohner ist es eines.

Das in Ecuador geförderte Öl stammt überwiegend aus dem Yasuni-Nationalpark, der von der UNESCO zum Biosphären-Reservat erklärt wurde. Damit ist der letzte Amazonaswald des Landes bedroht, der zugleich Heimat des Huaorani-Volkes ist.

Mit der zusätzlichen Transportkapazität durch die neue Pipeline wird sich die Ölfront in die noch wenig berührten Wälder im Süden schieben, dem Lebensraum zahlreicher Ureinwohner. Die Pipeline selbst wird durch einzigartige Regenwälder führen und bedroht elf Schutzgebiete, darunter das international anerkannte 'Mindo-Nambillo'-Reservat, das zur ersten 'Important Bird Area' Südamerikas erklärt wurde.

Als Folge würde die vom Naturtourismus lebende lokale Bevölkerung entlang der Trasse ihre Existenzgrundlage verlieren. Damit würde der aufstrebende, nachhaltige Wirtschaftszweig Naturtourismus insgesamt schwer geschädigt. Schätzungsweise 600 Millionen US-Dollar könnte die lokale Bevölkerung in den nächsten 20 Jahren durch den Naturtourismus umsetzen - vorausgesetzt ihr Kapital, die einzigartigen Regenwälder, wird nicht zerstört.

Vor rund 30 Jahren hat Texaco die bisher einzige Pipeline durch Ecuador ge-

baut. Ihr Name: SOTE. Mit dem Einstieg ins Ölgeschäft begann für das Land ein fast beispielloser ökologischer, sozialer und auch wirtschaftlicher Niedergang. Nach einer von der Umweltorganisation 'Acción Ecológica' veröffentlichten Statistik kamen bisher entlang der SOTE-Pipeline hunderte von Menschen zu Tode, werden vermisst oder wurden verletzt.

Allein in den vergangenen drei Jahren gab es 14 größere Leckagen. Seit 1970 traten etwa 74 Millionen Liter Öl unkontrolliert aus und führten zu irreparablen Umwelt- und Gesundheitsschäden. Im Juni diesen Jahres wurden bei einem Erdbeben in Papallacta an der SOTE-Pipeline 36 Menschen verschüttet, und das aus der gebrochenen Leitung austromende Öl ergoß sich in einen wenige Meter entfernten Fluß.

Seit den frühen 70er Jahren wurden etwa 1,5 Milliarden Barrel Öl aus dem ecuadorianischen Amazonas geholt. Bohrschlämme, Öl- und Chemikalienrückstände werden häufig direkt in Flüsse und Bäche geleitet, aus der die örtliche Bevölkerung ihr Trinkwasser bezieht. Oder die giftigen Rückstände werden in Lagunen zwischengelagert, ohne sie fachgerecht zu sichern, wodurch es ebenfalls zu großen Umweltverschmutzungen kommt.

Heute gibt es in Ecuador mindestens 350 Öllastlasten, die Böden, Wasser und Luft vergiften. Zusätzlich wird die Umwelt von Emissionen aus Raffinerien belastet. Als Folge leiden Tausende von Men-

schen an umweltbedingten Krankheiten, darunter Krebs, Hautausschläge und Atemwegserkrankungen.

Deswegen haben in Ecuador schon viele Menschen gegen die neue geplante Pipeline demonstriert, darunter Wissenschaftler und Veranstalter von Ökotreppen durch den Regenwald. In Lago Agrio, dem Ausgangspunkt der Trasse, haben betroffene Anwohner den Bauplatz besetzt. Baumaschinen wurden abtransportiert und an einem unbekanntem Ort versteckt.



Wie die OCP-Verantwortlichen mit solchen Protesten umgehen, zeigte sich Anfang September. Neun UmweltschützerInnen und Journalisten wurden gewalttätig angegriffen, als sie das OCP-Büro in Quito friedlich besetzten. Mit ihrem Sit-In wollten die Frauen einen Generalstreik unterstützen, der in Lago Agrio ausgerufen wurde. OCP-Sicherheitskräfte zerstörten bei der Aktion in Quito Kameras, bedrohten die Aktivistinnen und drei Journalisten und entwendeten ihr Foto-Equipment, um zu verhindern, daß der Zwischenfall in der Presse dokumentiert werden kann.



Die OCP-Planung und die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) sowie die Entscheidung für das WestLB-Projekt auf politischer und administrativer Ebene "waren von Desinformation, Korruption und gravierenden Mängeln gekennzeichnet", erklärt Ivonne Yanez. Planung und Bau der Pipeline entsprechen weder ecuadorianischen noch internationalen Umweltstandards und verstoßen gegen zahlreiche nationale Gesetze.



Die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen von 1970 bis 1998 verdoppelt. Die Auslandsverschuldung des Landes ist von 217 Millionen auf 16,4 Milliarden US-Dollar (1998) gestiegen. Ecuador hat derzeit die höchste Pro-Kopfverschuldung in Lateinamerika. Von den 2,4 Milliarden Dollar, die im Jahr 2000 durch Öl verdient wurden, sind ungefähr 100 Millionen im Land geblieben. Der Rest mußte für Schuldendienste eingesetzt werden.

Auf Anfragen behauptet die WestLB zwar, das Projekt werde nach streng legalen Prinzipien durchgeführt. Auf welche Prinzipien sie sich bezieht, kann die Presseabteilung der Bank jedoch nicht konkretisieren. Das Pipelineprojekt wurde zunächst ohne vorherige UVP genehmigt, ein Bruch der nationalen Umweltgesetze. Danach hatte die Consultingfirma ENTRIX gerade zwei Monate Zeit, eine UVP für eine 500 km lange Route zu erstellen (Details zur UVP siehe Seite 6).

Völlig ignoriert worden sind die Existenzängste, Sorgen und Alternativvorschläge der von dem Projekt direkt Betroffenen - ein Verstoß gegen die ecuadorianische Verfassung und international verbindliche Verpflichtungen der Regierung zu Menschenrechten und dem Schutz indigener Völker. Selbst Miguel Aleman, Geschäftsführer der Firma ENTRIX, hat in einem Interview erklärt, Brüche der neuen Pipeline seien aufgrund der sehr instabilen geologisch-seismischen Verhältnisse entlang der geplanten Pipelinetrasse unvermeidbar.

Die WestLB verteidigt ihr geplantes Projekt mit den Worten, es sei „wirtschaftlich wichtig für das arme Land Ecuador.“ Ein Blick auf die ökonomischen Daten entlarvt die WestLB-Begründung als zynisches Argument. An der Ausbeutung der Ölvorkommen Ecuadors seit Beginn der 70er Jahre haben allenfalls ein paar internationale Konzerne und Banken bestens verdient - die soziale Situation der Bevölkerung hat sich dramatisch verschlechtert. So hat sich

die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen von 1970 bis 1998 verdoppelt. Die Auslandsverschuldung des Landes ist von 217 Millionen auf 16,4 Milliarden US-Dollar (1998) gestiegen. Ecuador hat derzeit die höchste Pro-Kopfverschuldung in Lateinamerika. Von den 2,4 Milliarden Dollar, die im Jahr 2000 durch Öl verdient wurden, sind ungefähr 100 Millionen im Land geblieben. Der Rest mußte für Schuldendienste eingesetzt werden.

Experten kennen den Hauptgrund für Ecuadors horrende Auslandsschulden: Mit dem Einstieg ins Ölgeschäft stieg die internationale Kreditwürdigkeit des Landes, millionenschwere Darlehen flossen problemlos. Doch unsinnige Investitionen und Korruption ließen viele Gelder in dunklen Kanälen versickern. Laut 'Transparency International', das die weltweite Korruption analysiert, gehört Ecuador noch heute zu den 13 korruptesten Ländern der Erde von 91 untersuchten.

Bei der für das neue Projekt angestrebten Ölfördermenge und unter Berücksichtigung der bekannten Ölvorkommen im Land werden sich die Reserven in etwa 15 Jahren erschöpft haben. Ecuador wird dann vom Ölexporteur zum Importeur. Mit ihrem Engagement ist die WestLB dafür verantwortlich, daß zur Begleichung von Auslandsschulden einmalige Naturschätze, das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung zerstört, sowie die natürlichen Ressourcen des Landes für immer ausgebeutet werden.

Gerade die WestLB trägt als das größte öffentlich-rechtliche Kreditinstitut in Deutschland eine besondere Verantwortung für einen sorgsam Umgang mit der Umwelt und die Beachtung von Menschenrechten weltweit. Das Land NRW, für dessen Handeln SPD und die Bündnisgrünen als Regierungsbeteiligte politisch verantwortlich sind, ist mit Abstand größter Anteilseigner der WestLB. Verwaltungsratsvorsitzender ist der NRW-Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold. Die restlichen WestLB-Anteile halten die beiden Landschaftsverbände sowie die zwei Sparkassen und Giroverbände in NRW.

Weit über 1000 Protest-E-mails wurden den Bankern und zuständigen Politikern über eine Aktionsplattform von **Pro REGENWALD** zugestellt: U.a. sollte die Frage beantwortet werden, wer bei der

WestLB für die Prüfung der UVP zuständig ist und welche Standards die Bank beim Pipeline-Projekt konkret zugrunde gelegt hat.

In jüngster Zeit bekommen die Sparkassen in NRW ungewöhnlichen Besuch.

Kunden drücken Filialleitern Briefe in die Hand, mit denen sie gegen die Finanzierung der Ölpipeline protestieren. Bei dem Projekt werde quasi Regenwald mit den Spargroschen der Sparkassenkunden zerstört.

Mittlerweile hat eine Allianz aus fast 100 internationalen und deutschen Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen in einem gemeinsamen Protestschreiben an die WestLB und die NRW-Landesregierung einen sofortigen Ausstieg aus dem Ölpipeline-Projekt in Ecuador verlangt.

"Wir fordern Sie auf, unverzüglich Schritte einzuleiten, um eine Tragödie zu verhindern", heißt es in dem Brief. Bei dem Projekt seien die legitimen öffentlichen Bedenken bezüglich der Umwelt und der sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen in Ecuador mißachtet worden.

Aus Ecuador wird berichtet, im 'Mindo Nambillo' hätten sich unter Anleitung von 'Amazon Watch' und 'Acción Ecológica' verschiedene Aktionsgruppen gebildet, die im Falle des Falles eine lebende Sperre auf den Bäumen errichten werden. "Viele Kommunen bei uns haben physischen Widerstand angekündigt. Gewaltsame Konflikte zwischen Zivilisten und Militär sind zu befürchten", warnt Ivonne Yanez.

Mindo-Nambillo

Das 'Mindo-Nambillo'-Schutzgebiet im Nordwesten von Ecuador hat eine Größe von 19.200 Hektar und beherbergt drei verschiedene Ökosysteme: Andenwälder, subtropische Wälder und Bergnebelwälder. Etwa zwei Autostunden von der Hauptstadt Quito entfernt, hat sich die Region zum neuen Mekka für Ökotouristen in Ecuador entwickelt.

Das Gebiet ist als Reservat international anerkannt und wurde zu Südamerikas erster 'Important Bird Area' erklärt. In den üppigen Wäldern leben unzählige Pflanzen und Tiere. Unter den geschätzten 450 Vogelarten befinden sich allein 20 verschiedene Kolibriarten. Kapuzineraffen turnen in den Baumwipfeln. Zur Flora gehören zahlreiche Bromelien, Großfarne und 370 verschiedene Arten von Wildorchideen.

Werner Paczian, mit Aktualisierung von **Pro REGENWALD**

Der Autor ist bei 'Rettet den Regenwald' für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

Umweltverträglichkeitsprüfung ja - aber wozu?

■ Gratwanderung zwischen Umweltschutz und Profitmaximierung

“Voraussetzung jeglicher Finanzierungsengagements der WestLB ist die Einhaltung der von der Weltbank gesetzten Umweltstandards durch die Projektbetreiber;” schreibt das Pressebüro der WestLB in ihrer Antwort auf Proteste an Pro REGENWALD und unzählige EilaktionsteilnehmerInnen. Die Betreiber des OCP-Projektes versprechen natürlich die Einhaltung nationaler und internationaler Vorschriften, zu denen u.a. die sogenannte Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zählt. Ein fachkundiger Blick in die Dokumentation zeigt, daß im konkreten Fall die WestLB ihr Vertrauen in eine Studie setzt, die den üblichen Standards nicht genügt.

Die Durchführung und Veröffentlichung einer UVP gehört mittlerweile zum Pflichtprogramm in der Planungsphase größerer Projekte. Sie hat zum Ziel, mögliche Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf die Umwelt noch vor Verwirklichung des Vorhabens abzuschätzen, zu bewerten und gegebenenfalls das Vorhaben zu ändern. Negative Auswirkungen sollen im Sinne des Vorsorgeprinzips verhindert oder wenigstens verringert werden. Dies soll unter möglichst frühzeitiger und umfassender Einbindung der betroffenen BürgerInnen erfolgen, denn diese werden die Auswirkungen des Projektes ebenfalls spüren.

Die UVP ist somit ein wichtiger Schritt hin zu vorsorgendem und ganzheitlichem Planen und Handeln. Es soll zudem dargelegt werden, wie bei Unfällen und anderen ungeplanten Ereignissen Umweltschäden zu verhindern oder zu beseitigen sind. Die Umweltbelange sollen mit dem gleichen Stellenwert wie andere Belange in die Abwägung und Entscheidung einfließen.

UVP-Standards sind größtenteils nicht so streng, wie man sich das als Umweltschützer gerne wünschen würde. Dennoch eignen sie sich, Großprojekte ökologisch und sozial verträglicher zu gestalten und negative Auswirkungen zu vermeiden oder wenigstens zu verringern. Eine UVP kann sogar dazu führen, daß die Umsetzung bestimmter Projekte etwa in besonders schützenswerten Gebieten erst gar nicht erfolgt. Das

Projektziel muß dann an anderer Stelle verwirklicht, oder auf völlig andere Art und Weise erreicht werden.

Besonders wichtig ist die Sorgfalt, mit der eine UVP durchgeführt wird. Wie genau ist der Istzustand des Ökosystems untersucht und beschrieben? Sind gefährdete oder gar bedrohte Arten aufgelistet? Welche Betroffenen werden befragt und welche nicht? Warum wurden bestimmte Gruppen von der Befragung ausgeschlossen? Wie lange waren die Experten vor Ort?

Nach der Feststellung des Istzustandes müssen Auswirkungen des Projektes beschrieben werden. Dabei gibt es Veränderungen, die mit Bestimmtheit eintreten - wie das Fällen von Bäumen für die Trasse einer Pipeline. Und es gibt Risiken, die vielleicht nur im Unglücksfall eintreten - wie Pipelinebrüche nach Erdbeben. Eine gute UVP beschreibt und bewertet alle - oder beispielhaft die für bestimmte Schlußfolgerungen benötigten - Auswirkungen und Risiken.

Genauer lesen müssen Umweltschützer die Abschnitte der UVP über die Bewertung der Risiken und über die Auswirkungen auf das Ökosystem. Wird den festgestellten Risiken mit entsprechenden Gegenmaßnahmen und Notfallplänen begegnet? Wie wird beispielsweise die drohende Ausrottung einer Art bei der Entscheidungsfindung über die Projektdurchführung gewichtet? Würde dies gar dazu führen, von der Projektdurchführung abzusehen oder wenigstens einen - vielleicht auch mit höheren Kosten verbundenen - Standortwechsel vorzunehmen?

Nun konkret zur geplanten OCP-Pipeline in Ecuador: Da diese durch den Nebelwald von Mindo-Nambillo gebaut werden soll, ist u.a. eine Richtlinie der Weltbank anzuwenden, die 'Natural Habitat' Policy (OP 4.04). Sie untersagt der Weltbank, Projekte zu fördern, die eine wesentliche Veränderung oder Degradierung kritischer natürlicher Lebensräume verursachen. Der Mindo-Nambillo Schutzwald ist das wichtigste Vogelschutzgebiet Südamerikas (5 Prozent aller Vogelarten der Erde kommen hier vor) und beherbergt eine einzigartige und artenreiche Flora und Fauna.

Viele Arten sind endemisch, d.h. sie kommen nur hier vor. Der Verlust ihres Lebensraumes hätte somit ihre Ausrottung zur Folge! Trotzdem wird in der UVP akzeptiert, daß bei einem Pipelinebruch bis zu 7 Millionen Liter Schweröl auslaufen könnten, bevor die Reparaturtrupps zur Stelle sind. Als Auflage sieht die UVP vor, nach der Katastrophe Öl und verseuchtes Erdreich zu entfernen. Wie man das im unzugänglichen Gelände mitten in den extremen Steilhängen des Schutzgebietes realisieren will, ist jedoch fraglich. Das OCP-Konsortium müßte also bei einem Pipelinebruch mit dem Verlust einiger Lebensräume rechnen und daher für "Ersatz" sorgen, indem z.B. zusätzliche und gleichwertige Schutzflächen geschaffen werden. Dies ist aber nicht vorgesehen - wahrscheinlich weil es auch kaum möglich wäre.

Ein weiterer Umweltstandard der Weltbank, die Environmental Assessment Policy (OP 4.01), fordert, daß eine UVP genauso umfangreich und detailliert durchzuführen ist, wie es der Umfang und Charakter des Projektes und seine möglichen Auswirkungen erfordern. Ein Beispiel dafür: Um die neue Ölleitung auszulasten, müßte die Ölförderung drastisch gesteigert werden. Bedeutende Schwerölereserven liegen aber in Schutzgebieten wie dem Yasuni-Nationalpark. Der 982.000 Hektar große Park wurde im Jahre 1989 von der UNESCO zum Biosphären-Reservat erklärt und soll eines der artenreichsten Regenwaldgebiete auf der Erde für kommende Generationen bewahren. Die höhere Ölförderung verursacht - wie es unzählige Beispiele in der Region dokumentieren - zusätzliche Umweltgefahren. Ebenso die insgesamt 600 Kilometer langen Zusatzpipelines, mit denen das Öl zur OCP gebracht werden müßte.

Diese Fälle sind in der UVP erst gar nicht berücksichtigt. Allein wegen dieser Mängel - die nur eine Auswahl sind - müßte die UVP nachgebessert werden und das Projekt so lange ruhen, bis bessere Entscheidungsgrundlagen geschaffen sind. Offen bleibt die Frage, ob sich die WestLB im Ausland überhaupt in Projekten engagieren darf, die den strenger deutschen Kriterien nicht genügen.

WestLB: Global Player ohne ökologische Orientierung

■ Ist Nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen ein Fremdwort?

Es gibt Banken und Großunternehmen, die auf dem Weg zur nachhaltigen Entwicklung schon einige Schritte weit gegangen sind. Die WestLB gehört nicht zu diesem Kreis. Den Jahresberichten des Unternehmens wenigstens lassen sich keine aussagekräftigen Angaben diesbezüglich entnehmen. Zudem hat sich die WestLB bisher nicht der von der UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) schon vor Jahren gestarteten 'Financial Initiative' angeschlossen.



WestLB-Vorstandsvorsitzender
Jürgen Sengera

Über 160 Kreditinstitute aus aller Welt be- kennen sich darin zum Leit- bild der nach- haltigen Ent- wicklung. Wenngleich diese Selbst- verpflichtung keinen binden- den Charakter hat, wäre dies

doch ein Schritt hin zu mehr Verantwor- tung gegenüber jetzigen und zukünftigen Generationen.

Aus den Rückmeldungen von der WestLB müssen wir schließen, daß das Unter- nehmen - knapp zehn Jahre nach Rio - offenbar nicht einmal eine Umwelta- bteilung hat, die die ökologischen Aus- wirkungen ihrer Investments - wie im Fall der OCP - beurteilen könnte. Auch die Suche nach einer Selbstverpflichtung zur Einhaltung ökologischer und sozia- ler Standards, einem Umweltbericht oder ähnlichen Maßnahmen, mit dem sich das Großunternehmen zu seiner Verantwortung gegenüber Gesellschaft und Umwelt bekennen würde, blieb ohne Ergebnis. Die Bank konnte oder wollte dazu keine Angaben machen. Wer will da einem halben Absatz in einer immer wieder verteilten Pressemeldung Glauben schenken, die OCP-Betreiber würden Weltbankstandards einhalten?

Man kann nur mutmaßen, was in der Düsseldorfer Bankzentrale derzeit Prio- rität hat. Die WestLB, gebeutelt durch Krisen (wie die Flugaffäre, bei der Poli- tiker aus der Landesregierung die Flugbereitschaft der WestLB nutzen)

und dem sich selbst auferlegten 'Wach- se oder Weiche' steht mit dem Rücken zur Wand. Neben relativ ungünstigen Kostenstrukturen - die durch Produkti- vitätssteigerung und Entlassungen ver- bessert werden sollen - muß die Bank in Zukunft auf Betreiben der EU auf Staatsgarantien verzichten und zur Re- finanzierung höhere Kosten kalkulieren.

Zudem scheint es immer schwieriger zu werden, für die 'Spargroschen' der Kun- den rentable Investitionsmöglichkeiten zu finden. Da dies in den letzten Jahren im ursprünglichen Wirkungsgebiet der WestLB schon nicht mehr befriedigend war, hat die WestLB - über erste Geh- versuche in andere europäische Länder

- versucht, zum Global Player zu wer- den. Die Konkurrenz und das Tempo scheinen der WestLB nicht gut zu tun.

Die WestLB muß - wenn sie zukünftig als glaubhafte Institution angesehen werden will - nicht nur die Finanzierung der Schweröl-Pipeline stoppen, sondern auch eigene Leitlinien für den Umgang mit Projektfinanzierungen erarbeiten. Darin müssen sowohl ökologische, als auch soziale Mindeststandards festge- legt werden, an die sich die Bank bei allen zukünftigen Projekten halten soll- te. Fast zehn Jahre nach Rio wird es langsam Zeit, daß sich auch die öffent- lich-rechtliche WestLB sich zur Nach- haltigen Entwicklung bekennt.

Politik und Bankgeschäfte

"Wir in Nordrhein-Westfalen", lautet einer der Werbeslogans, mit dem sich das Land zukunftsorientiert und um- weltbewußt gibt. Unter anderem hat man einen Wettbewerb organisiert, bei dem sich Gemeinden und Städte mit ihren Klimaschutz-Programmen be- werben können. Eine gute Sache für die Leute auf der Straße - und auch dringend nötig, um eine halbwegs akzeptable CO₂-Bilanz einzufahren.

Denn gleichzeitig beteiligt sich das Land, das mit 43 Prozent an der WestLB beteiligt ist, an einer milli- ardenschweren Umweltsauerei: es finan- ziert ein Projekt zur Förderung von besonders umweltschädlichem Schwer- öl, das die Erdatmosphäre mit zusätz- lichen Treibhausgasen belastet und höchstwahrscheinlich mehr Regen- wald zerstört als die Schulkinder des Landes mit ihrem Taschengeld anders- wo zu kaufen in der Lage sind. Doch was darf man von einer Landesregie- rung erwarten, deren Ministerpräsident Wolfgang Clement nach Flugaffäre sich für die Subventionierung des Steinkohleabbaus einsetzt und den Abbau der Braunkohle vorantreibt? Fossile Energieträger, fossile Wirt- schafts- und ebensolche Umweltpolitik.

Ganz so hoffnungslos ist die Verfil- zung zwischen Politik und Bank viel- leicht doch nicht: Immerhin hat sich inzwischen der 'Europa- und Eine Welt

Ausschuß' des Düsseldorfer Landtags mehrfach mit der Angelegenheit be- faßt. Die Parlamentarier können drin- gende Empfehlungen an die Landes- regierung richten, und damit ein poli- tisches Signal setzen -mehr nicht.

Und sie scheinen es nicht einfach zu haben, sich ein Urteil zu bilden. Selbst den Ausschußmitgliedern gegenüber zeigt sich die WestLB wortkarg und verweigert angemessene Auskunft. "Die Bank spielt auch uns gegenüber den Toten Mann", sagte uns ein Mit- arbeiter des Ausschusses erst kürzlich. So muß sich eine Abgeordnete aus dem nordrheinwestfälischen Landtag - will sie ihre Arbeit gewissenhaft ma- chen - durch rund 1000 Seiten UVP in spanischer Sprache kämpfen, nur weil das Land eine Bank besitzt, die im Ausland umweltbelastende Projek- te finanziert, und keine Auskunft zu geben bereit oder in der Lage ist.

Die Wellen schlagen bis nach Bayern: Pro **REGENWALD** hat sich ange- sichts der Situation schließlich auch in die Zusammenhänge eingearbeitet und Ausschußmitgliedern Hinter- grundinformation zur Verfügung ge- stellt. Das aktuelle Ergebnis der letz- ten Beratungen Ende November: Auf der nächsten Sitzung des Ausschus- ses, der am 14. Januar 2002 tagen wird, sollen jetzt Experten zur OCP- Problematik angehört werden.

Völlig außer Kontrolle: der Tropenholzhandel

■ Illegale Geschäfte dominieren den Einschlag und Handel mit Tropenholz

Ende September veröffentlichte die **Environmental Investigation Agency** EIA, London, gemeinsam mit der Organisation **Telapak Indonesia** den Bericht "**Timber Trafficking**" mit erschreckenden Details über illegalen Holzeinschlag in Indonesien und den Weg bzw. Verbrauch dieser illegalen Hölzer. Wir haben die Einleitung des Reports übersetzt - auch gedacht als Dokumentation der jahrelangen vergeblichen Lobbyarbeit bei den Verantwortlichen in Deutschland, endlich konkrete Maßnahmen zur Unterbindung der illegalen Tätigkeiten der Holzmafia zu ergreifen. Der Bericht kann auf englisch von der **Pro REGENWALD**-Website bezogen werden.

Holztransport aus dem Westen des Parkes jetzt aufgehalten werden konnte, geht es im Osten unvermindert weiter. Der für die Zerstörung des Parkes vornehmlich Verantwortliche, der Politiker und Holzbaron Abdul Rasyid, wurde bisher nicht strafrechtlich verfolgt.



Foto: Dave Currey/Environmental Investigation Agency

Letztes Jahr stolperte ein wilder männlicher Orang Utan auf die Hauptstraße einer Holzfällerstadt in Kalimantan, Indonesien. Er war verwirrt und starrte auf die Menge der Leute, die sich zusammengefunden hatten, um diesen außergewöhnlichen Anblick zu sehen. Anderswo auf der Welt bestellten vielleicht ein amerikanischer, ein japanischer und ein europäischer Verbraucher gerade zufällig einen Bilderrahmen, oder kauften einen Besen mit einem hölzernen Stiel, ein Futon-Bett oder ein italienisches Möbelstück. Ohne sich der Konsequenzen ihres Handelns gewahr zu sein, kaufen diese Leute Produkte, die wahrscheinlich aus Holz gefertigt waren, das aus Regenwäldern geplündert wurde, wie jener, der einst das Zuhause dieses Orang Utans war, der jetzt aus seinem geschützten Wald durch kommerziellen, illegalen Holzeinschlag vertrieben wird.

Es gab einige Erfolge von Politikern und Regierungsbeauftragten im Kampf gegen den illegalen Holzeinschlag in Indonesien. Der frühere Forstminister verbot jeglichen Einschlag und den Handel von Ramin, um den Druck auf diese wertvolle Spezies und die letzten Gebiete von Feucht-Regenwald, in denen sie wächst, zu vermindern. Indonesien hat Ramin auf Anhang 3 der Konvention zu internationalem Handel von gefährdeten Arten (CITES) mit einer Nullquote gesetzt, um internationale Unterstützung für ihre Vor-

Seit zwei Jahrzehnten wissen die Menschen weltweit über den grassierenden Holzeinschlag in Tropenwäldern und über die abnehmende Biodiversität - aber es dauerte all diese Jahre um ernsthaft nach Lösungen für diese schreckliche Situation zu suchen. Es geht dabei nicht um den Holzeinschlag der lokalen Bevölkerung für ihre Subsistenz. Es geht um den hochgradig organisierten und äußerst profitablen internationalen Handel mit Holz, das aus den weltweit schwindenden tropischen Wäldern gestohlen wird.

Illegaler Holzeinschlag macht nach Schätzungen 73 Prozent der Holzproduktion Indonesiens aus, 80 Prozent sind es in Brasilien und 50 Prozent in Kamerun - drei der weltweit größten Tropenholzproduzenten. Selbst wenn jemand die Spur eines illegal gefällten Baumstammes aus einem Nationalpark eines dieser Länder zu einem Hafen eines Tropenholz konsumierenden Landes verfolgen und den eindeutigen Beweis liefern könnte, daß dieser illegal geschlagen wurde, so hätte keines der Importländer eine Gesetzgebung zur Hand, die es ihren Behörden erlauben würde, die Löschung der Ladung zu verhindern. Indem sie ein Auge zudrücken, arbei-

ten die konsumierenden Staaten mit den korrupten Holzbossen zusammen, die am anderen Ende des Weges die Kettsägen bereitstellen.

In Indonesien haben politische Instabilität und die Wirtschaftskrise eine Situation geschaffen, in der Gesetze nicht mehr durchgesetzt werden. Es scheint allgemein akzeptiert, daß das Militär und die Polizei riesige Summen Geldes durch illegalen Holzeinschlag machen und daß in den letzten Jahren nur wenige Personen dafür strafrechtlich verfolgt wurden. Sogar die Nationalparks Indonesiens werden dabei rapide zerstört.

Es brauchte zwei Jahre mit enormen nationalen und internationalen Anstrengungen und Öffentlichkeit, um die Verantwortlichen dazu zu bewegen, den illegalen Holzeinschlag im Tanjung Puting Nationalpark in Zentral-Kalimantan einzudämmen, der eines der letzten Rückzugsgebiete für die Orang Utans ist - die einzigen in Asien behimateten großen Affen. Obwohl der

haben zu bekommen. Trotzdem haben Mitarbeiter der recherchierenden Organisation EIA und Telapak Indonesia schon wieder beobachtet, daß illegal gefällte Raminbäume unbehelligt in Häfen Malaysias ankommen, dem einzigen weiteren Produktionsland von Ramin.

Bei einer neugebauten malaysischen Sägerei fanden EIA und Telapak die Büros der Einwanderungsbehörde für indonesische Seemänner, die eigens installiert worden waren, um die Holzverschiebung aus illegalen Quellen zu erleichtern. In Sarawak akzeptiert die staatliche Harwood Company unmarkiertes illegales Holz und stattet es mit den nötigen malaysischen Papieren aus, um indonesisches Holz profitabel für den Weltmarkt reinzuwaschen.



Nicht allein Indonesien wird durch den wild wuchernden illegalen Holzeinschlag in Mitleidenschaft gezogen. In ganz Südostasien wird das System kopiert, werden riesige Mengen von gestohlenem Holz über die Grenzen der Region und dann weiter auf den Weltmarkt verschoben.

Illegaler Holzeinschlag wird oft so dargestellt, daß einzelne Siedler und kleine Dorfgemeinschaften ein paar Bäume fällen, wofür sie keine offizielle Erlaubnis besitzen. Dieser Mythos muß jetzt endgültig entlarvt werden. Auf lange Sicht sind es die kleinen Gemeinschaften, die am meisten zu verlieren haben, wenn ihre Wälder zerstört und ihre Ressourcen gestohlen werden. Das Ausmaß des illegalen Holzeinschlags ist enorm, und es stecken mächtige kommerzielle Interessen dahinter.

Illegaler Holzeinschlag stellt einen der gierigsten Auswüchse einer Gesellschaft mit wachsendem Wohlstand und wach-

sender Macht dar. Er schwächt lokale Gemeinschaften und zermürbt die Autorität der Gesetze. Er schafft eine Situation, in der es für gesetzestreue Bewohner schwierig ist zu leben, ohne selbst in die Gesetzlosigkeit abzugleiten. Korruption, Schikanie und Gewalt entfalten sich. Die lokale Bevölkerung verliert ihre Ressourcen, und die Länder werden um Einnahmen betrogen. Es gibt nun Anzeichen dafür, daß diese Plünderung der Wälder endlich die Aufmerksamkeit erhält, die sie auf Regierungsebene verdient. Die G8-Staaten haben akzeptiert, daß man aktiv werden muß. Die britische Regierung hat damit begonnen, politische Aktivitäten für diese Nationen aufzuzeigen, genauso wie für die Europäische Union. Die erste regionale Ministerkonferenz zu Waldgesetzdurchführung und -bestimmungen findet in Südostasien statt und bietet die Möglichkeit nach wirklichen Lösungen der komplexen politischen, umwelttechnischen und sozialen Probleme zu

suchen, die illegaler Holzeinschlag mit sich bringt.

Für Hunderttausende von Waldbewohnern, die ihren Lebensraum verloren haben, und für große Waldgebiete mit sehr hoher Biodiversität, die zu den letzten der Rückzugsgebiete der gefährdeten Orang Utans zählen, ist es bereits zu spät. In den Konsumentenländern braucht es eine Gesetzgebung, die den Zugang von Baumstämmen und Holzprodukten aus illegalen Quellen auf ihre Märkte verhindert. Und holzproduzierende Staaten müssen die Korruption bekämpfen und regional zusammenarbeiten. Es wird politischen Mut erfordern, jetzt zu handeln, aber wenn nicht bald Lösungen gefunden werden, wird es zu spät sein für einige der weltweit letzten tropischen Wälder.

Der Report 'Timber Trafficking' ist im Internet unter www.wald.org zu finden (36 Seiten, das pdf-File hat 1,8 MB).

Schuld feststellen - Schuld abtragen

Vom 11.-13. September fand in Bali (Indonesien) eine dreitägige Konferenz mit dem langen Titel 'Sustainable Developments Forest Law Enforcement and Governance (FLEG) East Asia Ministerial Conference' statt, auf der Strategien zur Verhinderung des illegalen Holzeinschlags und des Holzschuggels erarbeitet werden sollten. Das Treffen war mit finanzieller Unterstützung durch Großbritannien und die USA von der Weltbank und Indonesien organisiert. Die Teilnehmer aus etwa 20 Ländern - unter ihnen NGOs, Regierungsvertreter und Firmenvertreter - einigten sich in ihrer Schlußerklärung darauf, gegen das Übel vorzugehen (die Erklärung in Englisch unter <http://www.wald.org>).

Geplant sind Aktionen gegen den Holzschuggel, die Durchsetzung der bestehenden Gesetze, Aufklärungskampagnen und die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Produzentenländern untereinander und auch den Importstaaten. Eine Erhöhung des Strafmaßes soll die illegalen Holzfäller und Schuggler ebenso abschrecken wie die Stärkung der Kontrollbehörden, deren Ausbildung und Ausstattung verbessert werden soll.

Zudem sollen die Bevölkerung und NGOs in Kampagnen eingebunden werden, mit denen sie über vergebene Einschlagsrechte und die jeweiligen Waldbesitzer informiert werden. Die ländliche Bevölkerung soll dabei unterstützt werden, alternative Einkommensquellen zu erschließen. Die Teilnehmer fügten diesen Empfehlungen noch eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen hinzu, deren Umsetzung allerdings einer gewaltigen Anstrengung bedarf, wenn die Wälder vor völliger Ausplünderung bewahrt werden sollen.

Einer der Hauptstünder, Malaysia, mied die Konferenz. Aus guten Gründen, denn laut EIA stiehlt und wäscht Malaysia pro Jahr 3 Mio m³ Holz aus Indonesien und verursachte in den letzten 10 Jahren einen Schaden von mehr als 1,2 Mrd. DM.

Die Verantwortung der Importländer an dem illegalen Treiben kam bei der Konferenz zu kurz. Die Europäische Union, die USA, Japan und China planen bisher keine Maßnahmen gegen Importe von Holzprodukten aus illegalen Quellen. Nur die Vertreter Großbritanniens konnten auf Aktionen verweisen, mit denen man dem Import illegal geschlagener Hölzer begegnen will. Deutschland war bei dieser Konferenz nicht vertreten. Zwar erkennt die Bundesregierung den Holzschuggel in ihrem Gesamtwaldbericht als wichtige Ursache der Waldzerstörung an. Sie hat aber bis heute kein Konzept zur Unterbindung des illegalen Handels vorgelegt. Importverbote werden abgelehnt, statt dessen fördert man die Zertifizierung und Politikberatung in den Tropenwaldländern. Unlängst haben TeilnehmerInnen des Nationalen Waldprogramms Deutschland angemahnt, Deutschland müsse endlich gegen den Holzschuggel vorgehen.

Pro REGENWALD geht das nicht weit genug: es ist eine Selbstverständlichkeit, den Import illegalen Raubbau-Holzes zu unterbinden. **Wir sind der Meinung, daß zusätzlich ermittelt werden muß, was Deutschland und andere EU-Länder durch Steuern und Zölle selbst an den Importen illegaler Tropenhölzer verdient haben. Diese 'Gewinne' aus dem Import illegaler Hölzer müssen umgehend in die Restauration der geschädigten Waldgebiete fließen.** Ein Schreiben von *Pro REGENWALD* an die zuständigen Stellen ist noch nicht beantwortet.

Ist die Zertifizierung von Holzprodukten mehr als ein Vermarktungsinstrument?

■ Industrielle Holzwirtschaft trägt wenig zur nachhaltigen Entwicklung bei

"Helfen Sie mit, die Wälder der Erde zu retten. Kaufen Sie Holzprodukte mit dem FSC-Siegel!" So lautet einer der Werbeslogans, mit dem auch Umweltorganisationen wie der WWF, Friends of the Earth oder Greenpeace inzwischen für den Forest Stewardship Council (FSC) werben. Die Baumarktkette OBI, die vor Jahren sämtliche Tropenhölzer aus ihren Regalen verbannt hatte, verspricht: "Mit dem Zertifikat wird sichergestellt, daß die Wälder in ihrer ganzen Vielfalt erhalten bleiben."

Ist der Kauf von zertifiziertem Tropenholz tatsächlich ein Beitrag zum Schutz der Regenwälder? Wie wirkt sich diese Form der Holznutzung auf Naturwälder aus? Welche Art von Entwicklung wird durch die Zertifizierung gefördert und wer profitiert davon? Nicole Freris und Klemens Laschefski hinterfragen einige der Behauptungen, mit denen die Zertifizierung von Holzeinschlag auch in Urwäldern befürwortet wird. Mit der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse in der Zeitschrift „The Ecologist“ lösten sie eine hitzige Diskussion aus.

Die Autoren kritisieren vor allem die Versprechen, die in der Zertifizierungsdebatte immer wieder von Befürwortern des FSC-Systems verkündet werden. Sie nahmen dabei insbesondere die Firma Precious Woods genauer unter die Lupe, die im Bundesstaat Amazonas in einem etwa 80.000 Hektar großen Urwaldgebiet Holz einschlägt. Die Argumente, mit denen die FSC-Zertifizierung als Retter der Wälder gepriesen wird, werden kritisch beleuchtet:

Mythos 1: "Zertifizierter Holzeinschlag im Tropischen Urwald hat nur minimale Auswirkungen auf das Ökosystem."

Precious Woods Amazonas schlägt 5% oder 2700 Hektar der Forstfläche für Straßen, Wege und Holzlagerplätze kahl. Diese Fläche allein entspricht einer riesigen Farm. Nach dem Fällen der vermarktbarsten Bäume sind bereits 20% des Kronendaches geöffnet. Zudem läßt die Firma unerwünschte Bäume abtöten, um die nutzbaren Baumarten zu fördern. Alle 25 Jahre wird der Wald wieder 'durchforstet'. Aus dem tropischen Regenwald entsteht so ein Wirtschaftsforst - ein massiver Eingriff in die Vielfalt der Arten und die Zu-

sammensetzung des Ökosystems.

Die Umweltgruppen im FSC bemühen sich um strengere Kriterien für die Zertifizierung, damit die Eingriffe in den Wald verringert werden. Jedoch muß eine Holzfirma eine gewisse Mindestmenge an Holz produzieren, um wirtschaftlich zu arbeiten. Wenn sie pro Hektar weniger Bäume fällen darf, braucht sie eine größere Waldfläche. So hat Precious Woods inzwischen weitere 40.000 Hektar Regenwald im Bundesstaat Amazonas und 179.000 Hektar in Pará dazugekauft. Die Folge ist der Bau von immer mehr Straßen und Wegen in bisher unberührte Urwälder, um die großen, schweren Tropenholzstämme aus dem Wald zu schaffen.

Mythos 2: „Die FSC-Zertifizierung steigert durch den höheren Marktwert für Tropenholz auch den Wert des Waldes. Raubbauartige Landnutzung, wie z.B. die Rodung für Landwirtschaft, wird weniger attraktiv.“

Nach Daten des brasilianischen Forschungsinstitutes IMAZON lassen sich auf einer Fläche mit geregelter Holzwirtschaft zwei- bis viermal höhere Gewinne erzielen als auf einer Viehweide mit gleicher Größe. Doch die wenigsten Viehzüchter und Sojafarmer lassen sich mit solchen Vergleichen zu Förstern machen, da Land in Amazonien extrem billig ist. Zudem lohnen sich landwirtschaftliche Aktivitäten selbst für einige wenige Jahre, da sie staatlich gefördert werden. Wertvolles Tropenholz dient dabei als willkommenes „Nebenverdienst“ zur Senkung der Kosten für die Rodung und Erschließung der Agrarflächen. In diesem Zusammenhang kann die Zertifizierung von Holz wenig ausrichten.

Die großflächige Umwandlung von Regenwald in industrielle Agrarsteppen findet heute im Süden Amazoniens statt, während die zertifizierten Firmen vor allem an intakten Regenwäldern im inneren Amazonien interessiert sind. Hier kann freiwillige Zertifizierung als Marktanreiz nur dann zur Verbesserung der Holzwirtschaft beitragen, solange damit mehr Geld zu verdienen ist als mit den konventionellen Methoden. Sobald sich das nicht mehr lohnt, geben die Firmen auf und hinterlassen einen von Straßen zerschnittenen

Regenwald. Nachfolgenden Siedlern und Agrarfirmen wird es so erleichtert, ihr Zerstörungswerk fortzusetzen. Allein die Abschaffung der (oft auch verdeckten) Subventionen für konkurrierende Nutzungsformen würde schon in großem Umfang den Druck von den Wäldern nehmen.

Mythos 3: „Angesichts der vielen Bäume und der steigenden weltweiten Nachfrage nach Holzprodukten ist die Holznutzung die unvermeidliche wirtschaftliche Bestimmung Amazoniens.“

Viele Politiker, Geschäftsleute und Wissenschaftler betrachten industrielle Holzwirtschaft als unausweichliches Schicksal der Wälder. Die Forstwissenschaft dient zur Rechtfertigung der Eingriffe des Menschen in Waldökosysteme. Forstingenieure als Experten für jegliche Probleme, die Wälder betreffen, sind inzwischen überall in Forschungsinstituten, Umweltgruppen und Stiftungen beschäftigt. Doch Forstwissenschaftler haben vor allem gelernt, Bäume zu fällen und die Holzproduktion zu steigern. Die meisten von ihnen sehen in einem Wald das Holz, nicht die Bäume, bzw. vermarktbarste Holzmenge statt ein kompliziertes Ökosystem. Selbst im Rahmen des Pilotprogrammes der G7-Länder zum Schutz der Regenwälder wird verstärkt die Holzwirtschaft als Alternative zur „nachhaltigen Entwicklung“ Amazoniens gefördert. Die Holzfirma Gethal erhielt 382.000 Dollar zur Ausbildung ihres Personals, Precious Woods bekam 238.000 Dollar für ein Schulungszentrum.

Die noch vor wenigen Jahren als Beispiele für nachhaltige Lebensstile gefeierten traditionellen Landnutzungsformen, wie sie von indigenen Völkern und Flußanwohnern Amazoniens praktiziert werden, geraten dabei immer mehr in den Hintergrund. Diese Leute nutzen nicht nur Holz, sondern eine große Vielfalt von Produkten, die der Wald bietet. Deshalb sind sie daran interessiert, das gesamte Ökosystem zu erhalten. Sie benötigen keine schweren Maschinen, sind kaum abhängig von internationalen Kapitalmärkten und anderen äußeren Faktoren. Dennoch könnte es ihre Landnutzungsform auch unter ökonomischen Gesichtspunkten leicht mit der Holzwirtschaft aufnehmen, wenn die entsprechenden Strukturen dafür ge-

schaffen würden. Doch die Möglichkeiten dieser vielfältigen Nutzung werden mit dem Holzeinschlag zunichte gemacht.

Mythos 4: „Der geregelte Holzeinschlag durch zertifizierte Firmen kurbelt die lokale Wirtschaft an, schafft Arbeitsplätze für die Bewohner und ist eine Alternative zu den traditionellen Landnutzungssystemen, die zur Entwaldung beitragen.“

Die Firma Precious Woods hat etwa 300 Arbeitsplätze geschaffen und bezahlt 10 Prozent mehr als den gesetzlichen Mindestlohn. Damit aber eine Familie überleben kann, benötigt sie etwa das Dreifache davon. Und wenn man alleine die Flächen zusammenzählt, die von der Holzfirma kahlgeschlagen werden (2.700 Hektar für Straßen und Holzlagerplätze), so könnten nach der traditionellen Methode über 500 Familien davon leben. Damit nicht genug: Für die 300 Arbeiter mit ihren Familien müssen außerhalb des Waldes Nahrungsmittel produziert werden, was zusätzlichen Flächenbedarf bedeutet.

Die Firma Gethal wiederum verdrängt etwa 1.200 Flussanwohner aus ihrem angestammten Lebensraum. Diese haben zwar keine verbrieften Landrechte, sind aber auf die vielfältigen Produkte des Waldes angewiesen. Um den Holzeinschlag nicht zu gefährden, erschwert die Firma ihnen das Ausüben ihrer Nutzungsformen, z. B. das Sammeln von Paranüssen als wichtigste Einkommensquelle. Wahrscheinlich werden viele von ihnen in die Städte abwandern und das Problem der Land- und Arbeitslosen verstärken.

Mythos 5: „Zertifizierte Holzfirmen sind zu höchstmöglicher Transparenz verpflichtet. Sie werden nicht nur von staatlichen Stellen, sondern auch vom Zertifizierer überprüft. Somit ist gewährleistet, daß die Kriterien auch eingehalten werden.“

Zertifizierung soll in einem Umfeld, das von Chaos, Korruption und illegalem Holzeinschlag geprägt ist, Holzfirmen zu besserem Verhalten anspornen. Es ist anzunehmen, daß die zertifizierten Firmen ihren guten Ruf bei den Kunden nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Trotzdem gibt es immer wieder Verstöße. So ließ Precious Woods auch außerhalb ihres Waldes Bäume (z.T. illegal) fällen, als sich die Chance bot, große Mengen der Holzart Acariquara nach Rostock zu verkaufen. Als der Schwindel (durch *Pro REGENWALD*) aufgedeckt wurde, war es mit der Transparenz vorbei. Die Nach-

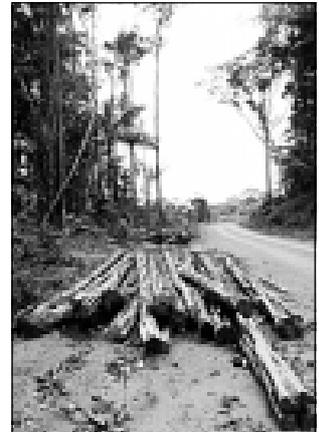
frage aus Deutschland nach zertifiziertem Tropenholz hatte dazu geführt, daß hunderte von Bäumen illegal aus dem Regenwald geschafft wurden. Es bleibt kleineren Umweltorganisationen vorbehalten, solche Verstöße aufzudecken und die Arbeit der (teuer bezahlten) Zertifizierer zu erledigen.

Mythos 6: „Selektiver Holzeinschlag erhöht die Fähigkeit der Urwälder, Kohlenstoff zu binden und sollte daher durch Zertifizierung gefördert werden, um dem Treibhauseffekt entgegenzuwirken.“

Urwälder befinden sich in einem Gleichgewichtsstadium, in dem sie etwa soviel Kohlendioxid aufnehmen, wie sie durch Atmung und die Verrottung von Laub und Holz an ihre Umwelt abgeben. Nach Ansicht der Holzfäller wird durch den Einschlag das Wachstum angeregt, und die geernteten Hölzer stellen eine Art zusätzlichen Kohlenstoffspeicher dar. Das würde aber nur funktionieren, wenn die Holzprodukte sehr lange haltbar bleiben, länger als Urwaldbäume. Doch von dem entnommenen Holz werden bis zu 70% im Sägewerk als Abfall entsorgt, also entweder gleich verbrannt, oder zu Holzkohle gemacht, wie im Falle von Precious Woods. Selbst gute Möbel halten nur selten so lange wie jahrhundertealte Urwaldriesen. Und da die Firmen im Wald auch noch zahlreiche Konkurrenz-Bäume abtöten und fällen, erreicht der Wirtschaftsforst nie wieder die Speicherkapazität eines Urwaldes. Jede Form der Holznutzung im Urwald ist somit ein mehr oder minder großer Beitrag zum Treibhauseffekt! Man denke nur an den Maschineneinsatz und die Holztransporte.

"Was ist zu tun?", fragen Nicole Freris und Klemens Laschefski am Ende ihres Beitrages. Viele Menschen haben den FSC unterstützt, weil sie hofften, mit dem steigenden Wert der Tropenhölzer würden Regenwälder besser geschützt werden. Viele dachten, der FSC würde die lokale Bevölkerung in kleinen Dorfinitiativen dabei unterstützen, Alternativen zu zerstörerischen Landnutzungsformen zu entwickeln. Statt dessen fördert der FSC die industrielle Holznutzung der letzten Urwälder der Erde. Zur Zeit sind 96% der zertifizierten Wälder im Besitz von industriellen oder staatlichen Waldeignern. 85% davon sind Betriebe von einer Größe über 100.000 Hektar. Nur drei Prozent der zertifizierten Waldfläche sind im Besitz von kommunalen Gruppen und nicht-industriellen Nutzern.

Der FSC bietet heute Firmen und Märkten, die von den Kampagnen zum Tropenholzboykott besonders betroffen waren, neue Überlebenschancen. Neue Investitionen in die Erschließung der letzten Urwälder werden gefördert oder wieder hoffähig. Völlig unbeeindruckt vom Zertifizierungsboom roden Sojabauern und Plantagenkonzerne immer mehr Tropenwälder. Und die zertifizierten Urwaldbetriebe schaffen neue Angriffsflächen mitten in unerschlossenen Waldgebieten. Es gibt keine Hinweise dafür, daß die örtliche Bevölkerung aus dem Zertifizierungsgeschäft



Acariquarahölzer eingeschlagen für den Abtransport nach Rostock

einen höheren Nutzen schöpfen darf. Unter diesen Umständen ist der Kauf zertifizierter Tropenhölzer nichts weiter als eine zusätzliche Belastung für die Urwälder.

Daher sollten alle Menschen und Organisationen, die einen sinnvollen Beitrag zur Rettung der letzten Urwälder der Erde leisten wollen, folgende Vorschläge beachten:

1. **Stop aller Zertifizierungen von Tropenholz aus Urwäldern**
2. **Boykott sämtlicher Tropenhölzer in den USA und Europa**
3. **Unterstützung des Fairen Handels mit Nichtholz-Produkten**
4. **Investitionen in Maßnahmen gegen illegalen Holzeinschlag und Handel**
5. **Förderung von kommunalen Projekten zur Nutzung von Nichtholz-Produkten als wirtschaftliche Alternative**
6. **Investitionen in die Wiederaufforstung degraderter Ländereien**

Nicole Freris hat mehrere Jahre für den Dachverband Coiab als Ärztin in Amazonien gearbeitet und ist seit über einem Jahr Koordinatorin und Beraterin in einem Projekt zur Förderung alternativer Produktion indianischer KleinproduzentInnen. Klemens Laschefski, früher Tropenwaldsprecher des BUND, lebt in Brasilien und schreibt an einer Dissertation zum Thema Zertifizierung und Nachhaltige Entwicklung.

Interview: Amazonaswald bietet mehr als Holz

■ Die Bevölkerung vor Ort muß zur Rettung der Wälder ernster genommen werden



Klemens Laschefski kritisiert die derzeitige Einführung der industriellen Holzwirtschaft im Amazonasregenwald als ineffizientes und kontraproduktives Instrument zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und zur Erhaltung des Regenwaldes.

Haben Institutionen und Organisationen, die gemeinsam mit den Holzfirmen nach Lösungsmöglichkeiten suchen, mehr Sinn für Realität als andere, die den Schutz der letzten Urwälder fordern?

Die großen Umweltverbände sind zu sehr auf die „Realität“ der Holzindustrie in Europa und in den USA fixiert, für die sie „umweltfreundliche Alternativen“ in Form von zertifiziertem Holz anbieten wollen. Da die exportorientierte Holzindustrie in Amazonien in einer tiefen wirtschaftlichen Krise steckt, gerieten die Umweltverbände darüber hinaus in die groteske Situation, auch noch Kunden für die zertifizierten Firmen suchen zu müssen. Der Ansatz geht an der Problematik in den Waldgebieten vorbei - und er nutzt nicht die Potentiale in der Region.

Was ist darunter im konkreten Fall zu verstehen?

Wer Holzwirtschaft im Kopf hat, vergisst dabei den Wald an sich und die 'Realität' der traditionellen Nutzer mit einer Vielfalt von vermarktbareren Produkten. Die benötigen ihrerseits dringend geregelte Marktstrukturen und Starthilfen, um schwerwiegende soziale Probleme zu lösen und Abwanderung in die Elendsviertel der Städte zu vermeiden.

Was ist dran an dem Argument, zertifizierte Waldwirtschaft würde neue Arbeitsplätze schaffen? Ist es nicht ein Gebot der Solidarität mit den Menschen in armen Ländern, in diesem Bereich aktiv zu werden?

FSC-Befürworter betonen, daß zertifizierte Firmen einen positiven sozialen Beitrag leisten, indem sie Arbeitsplätze zu besseren sozialen Konditionen als die konventionelle Holzindustrie anbieten. Am Beispiel der zertifizier-

ten Firma GETHAL läßt sich aber ein bedenklicher Prozeß aufzeigen. Die Firma sieht sich, um den Anforderungen der Zertifizierung gerecht zu werden, gezwungen, großflächig Wälder aufzukaufen, um das neue „nachhaltige“ Forstsystem umzusetzen und Holz 'besser' produzieren zu können. GETHAL beschäftigt 69 Arbeitskräfte auf einer Fläche von ca. 37 000 ha, also etwa eine Arbeitskraft pro 536 ha. Auch wenn die Sozialstandards über dem Durchschnitt liegen, sind die Beschäftigungseffekte also ausgesprochen gering.

Aber besser gering, als gar nicht.

Wenn da nicht negative Auswirkungen wären: Die traditionelle Bevölkerung wird benachteiligt, denn weit über 1000 Menschen nutzten die Waldflächen schon vor dem Kauf durch GETHAL als Einkommensquelle. Um die forstlichen Aktivitäten nicht zu stören, hat die Firma den Zutritt zum Wald eingeschränkt. Die Einschränkung des Zugangs zu den Forstflächen im Falle von GETHAL wird aber als existenzielle Bedrohung aufgefaßt, selbst wenn die Firma die Nutzung nicht vollständig unterbunden hat. So ist zum Beispiel die Querung der durchforsteten Parzellen für eine längere Zeit nicht erlaubt. GETHAL versucht mittlerweile, eine 'Dialogstruktur' mit der Bevölkerung aufzubauen. Inwiefern dies zur Vermeidung von Nutzungskonflikten beiträgt, bleibt abzuwarten. Die Verbesserungen der sozialen Bedingungen innerhalb der Firma dürften den entstandenen Schaden kaum aufwiegen.

Sollen VerbraucherInnen auch in Deutschland wieder auf den Kauf aller Tropenhölzer verzichten? Würde dies nicht alle Bemühungen zunichte machen, die Holznutzung im Regenwald zu verbessern?

Zunächst einmal war es ja der frühere Boykottaufruf, der das Thema überhaupt erst in unser Bewußtsein brachte und dann eine Fülle von Initiativen in Hinsicht auf die nachhaltige Waldbewirtschaftung hervorrief. In Amazonien haben jüngst der verschärfte Druck durch die veränderte Gesetzgebung, verstärkte staatliche Kontrollen und die jüngsten Aktionen von Greenpeace

gegen die Einfuhr von illegalen Hölzern in verschiedenen europäischen Häfen zu einem Wandel im Holzsektor geführt. Die Umweltverbände wollen nun über die Zertifizierung einen positiven Anreiz für die Betriebe schaffen.

Das ist doch unterstützenswert, was ist daran zu kritisieren?

Erstens wird entgegen aller Vermutungen zertifiziertes Tropenholz auch in Urwäldern eingeschlagen. Diese werden damit "nach Plan" degradiert. Wie geschildert, stehen zudem die bisherigen zertifizierten Betriebe mit der Bevölkerung in einem Nutzungskonflikt.

Zweitens ist Holz für die traditionelle Bevölkerung schlicht das falsche Marktprodukt. Insofern läuft die um sich greifende Vorstellung von Amazonien als gigantischer Holzproduktionsfläche gegen eine regional angepaßte nachhaltige Entwicklung. Auf lange Sicht ebnen die exportorientierten Holzfirmen mit Investitionen in Straßen sogar die Erschließung von bisher unberührten Urwäldern. Wer also nicht an der Vernichtung von Regenwäldern beteiligt sein will, verzichtet besser auf den Kauf von Tropenholz.

Welche Möglichkeiten bieten sich, den Regenwald in Amazonien doch noch zu retten?

Es gibt unzählige Möglichkeiten, den Druck auf den Regenwald in Amazonien zu verringern, sei es durch naturnahe Wiederaufforstungen in abgeholzten Gebieten, hochproduktive kombinierte Feld-Waldsysteme, die ganz ohne Chemie auskommen, bis hin zu Kondomfabriken, die das Naturlatex der Kautschukzapfer nutzen etc.. Der Phantasie sind hier kaum Grenzen gesetzt. Wichtig sind die Kenntnisse der ländlichen Bevölkerung in Amazonien, die weit über das Wissen europäischer Förster hinausgehen - und deren Einbindung in die Projekte. Die Bevölkerung vor Ort muß endlich von politischen Kräften, Wissenschaftlern und Umweltverbänden ernster genommen werden als die Interessen von ein paar einflußreichen Holz- und Agrarlobbyisten. Die Verbraucher können dabei helfen, indem sie durch Verzicht auf Tropenholz und mit Soja produziertes Fleisch den Lobbyisten die ökonomische Grundlage entziehen. Interview: László Maráz

Sarawak nach der Wahl: Das System schlägt zurück

■ Nach einer taktischen Pause zeigt die neue alte Regierung ihr wahres Gesicht

Im letzten News-Letter berichteten wir über einen wichtigen Etappensieg der Ureinwohner Sarawaks in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung: ein sensationelles Urteil, welches ihre Rechtsansprüche bestätigt und die Regierungspraxis der vergangenen Jahre verurteilt. Die Regierung sah sich wegen bald anstehender Wahlen in einer Konfliktsituation: sie wollte ihre Wähler nicht verprellen und konnte deshalb das Urteil nicht anfechten. Mittlerweile sind die Wahlen überstanden - und alles soll weiter gehen, wie es früher war.

Am 27. September fanden in Sarawak Kabinettswahlen statt. Mit großen Hoffnungen warben erstmals auch die in West-Malaysia recht erfolgreichen Oppositionsparteien Keadilan (AnhängerInnen des seit 1997 inhaftierten ehemaligen Vize-Premiers Anwar Ibrahim) und PAS (Islam-Partei) neben der DAP (Democratic Action Party) um die Gunst der Wähler. Vergebens: Taib Mahmud - Chief Minister seit 1981 - und seine Regierungskoalition

“Nationale Front“ gingen als strahlender Sieger aus dem Wahlkampf hervor und gewannen 60 der 62 Parlamentssitze. Die DAP verlor 3 Sitze und stellt mit Chiew Chin Sing nun den einzigen Oppositionellen im ganzen Parlament!



Chief Minister Taib Mahmud

Gründe für diese harte Niederlage gibt es viele: Die Oppositions-Parteien konnten sich nie zu einer engen Zusammenarbeit durchringen; zu Dutzenden verließen Kandidaten kurz vor dem Wahltermin ihre Parteien; der mächtigen Propaganda-Maschine der 'Nationalen Front' hatten die unerfahrenen Oppositionellen wenig entgegenzusetzen; Einschüchterung und Gewaltanwendung gegen unliebsame Kandidaten, sowie Schmiergeldzahlungen an Kandidaten und WählerInnen waren an der Tagesordnung.

Als erste Amtshandlung verabschiedete das neue Parlament am 31. Oktober

ein Gesetz, das die Rechte der indigenen Bevölkerung, ihre Land- und Gewohnheitsrechte zu verteidigen, ein weiteres Mal drastisch beschneiden wird. In Zukunft werden nämlich nur noch vom Staat lizenzierte Personen Landvermessungen vornehmen dürfen. Wer ohne amtliche Bewilligung Landvermessungen vornimmt, z. B. die Penan, die ihre Territorien mit Hilfe von Experten aus dem In- oder Ausland selber demarkieren, kann mit Bußgeld in Höhe von 50.000 Ringgit (ca 30.000 DM) oder mit 3 Jahren Gefängnis oder mit beidem bestraft werden!

Viele dieser Mapping-Initiativen von Dayak-Gemeinschaften, die auch von *Pro REGENWALD* finanziell unterstützt werden, können künftig für illegal erklärt werden, da die Ureinwohner in der Regel nicht über den von der Regierung verlangten beruflichen Grad verfügen. Das Amt für Landvermessung kann aber selbst ausgewiesene Experten ohne Angabe von Gründen zurückweisen und erteilte Lizenzen jederzeit widerrufen.

Dieses Gesetz ist sowohl in Malaysia als auch in der ganzen Welt einmalig. AktivistInnen und Nichtregierungs-Organisationen nutzen das Mittel der Kartenerstellung ohne jegliche gesetzliche Einschränkung. Dank solcher Karten gewinnen die Landrechte indigener Völker weltweit Anerkennung - sogar in Sarawak urteilten die Gerichte in solchen Fällen immer fortschrittlicher. Nur die Staatsregierung von Sarawak bewegt sich in die entgegengesetzte Richtung. Es handelt sich wohl um eine Reaktion auf den Sieg der Iban-Gemeinschaft von Rumah Nor, die mit selbstangefertigten Karten erfolgreich die Regierung und die Plantagenfirma Borneo Pulp & Paper BPP Company wegen illegaler Landnahme verklagte. (siehe News-Letter Nr. 16)

Am selben Tag wurde auch gleich noch ein neues Waldgesetz behandelt. Den Ureinwohnern soll es künftig verboten sein, Holz und andere Waldprodukte für den Verkauf und anderen kommerziellen Zwecken zu sammeln. Wieder war der Oppositionsvertreter im Parlament, Chiew Chin Sing, die einzige kritische Stimme. Er bemängelte, dass den Ureinwohnern verboten sei, was die Regierung schon lange tut, nämlich die Res-

ourcen zu plündern und dabei stinkreich zu werden. "Die indigene Gemeinschaft tut nur, was sie die Regierung lehrt: die natürlichen Ressourcen zu Geld zu machen. Nun können sie strafrechtlich verfolgt werden und müssen beweisen, dass sie Waldprodukte nicht zu kommerziellen Zwecken sammeln. Das ist gegen unser Rechtssystem, wo alle unschuldig sind, bis das Gegenteil bewiesen ist!"



Bald eine illegale Handlung in Sarawak: Mit Kompass auf eigenem Gelände vermessen

Aufgrund eines weiteren Gesetzes macht sich in Zukunft strafbar, wer 'geschützte Bäume oder solche mit einem pharmazeutischen Wert' züchtet, vermehrt oder anbaut. Dazu Chiew Chin Sing: 'Das verstehe ich nicht. Da gibt es wertvolle Baumarten, aber Menschen, die diese Bäume kultivieren, werden mit bis zu 30'000 Ringgit (ca 18.000 DM) und/oder Gefängnis bestraft, während eine Abholz-Firma, die unqualifiziertes Personal oder Schwarzarbeiter einstellt, mit gerade mal 5000 Ringgit (DM 3.000) bestraft wird: Da versucht man, etwas richtig zu machen und wird viel härter bestraft, als wenn jemand wirklich etwas falsch macht! Ich sehe weder eine Begründung noch eine Berechtigung dafür!'

Das allerletzte Wort zu diesen neuen Gesetzen ist zwar noch nicht gesprochen, auch ist nicht abzusehen, wie die Richter es anwenden werden. Immerhin urteilten diese in der jüngeren Vergangenheit vermehrt zugunsten der UreinwohnerInnen, wobei sich die Gerichte auf das Beweis-Recht berufen - und dieses müsste ebenfalls geändert werden.

Artikel von John Künzli, Bruno Manser
Fonds Basel mit Ergänzungen von
Pro REGENWALD

Regenwaldschutz braucht eure Unterstützung an allen Ecken und Enden. Infostände, Briefeschreiben, Vorträge, Aktionswochen - ihr könnt überall mithelfen. Und hier habe ich eine Aktion, mit der ihr uns mächtig helfen könnt:

Das alte Jahr dauert nicht mehr lange und mit dem neuen Jahr kommt der Euro. Die alten Währungen werden ungültig; **höchste Zeit also, Restgeld loszuwerden.** Bestimmt wart ihr mal in den Ferien in Italien, Spanien, Frankreich oder in Skandinavien. Sicher habt ihr da einen Rest Kleingeld wieder mit nach Hause genommen - einige Scheine und viele Münzen. Fragt doch mal eure Eltern oder Nachbarn: Bestimmt haben die auch noch ausländisches Geld, oder es gibt in eurem Haus noch die eine oder andere fast vergessene Spardose oder etwas ähnliches.



Was fangt ihr also jetzt mit dem Restgeld an? Wenn ihr es noch nicht wisst: **Spendet es doch für den Regenwald!**

Wir nehmen euer Restgeld in Empfang und tauschen es später im Ausland in Euro, die wir dann für entweder für das Lobby- oder für Baumpflanzprojekte verwenden.

Damit ist das Geld, das sonst nur verfallen würde, sinnvoll angelegt. Noch dazu ist es im Ausland viel billiger, Fremdwährung zu tauschen, also ein weiterer Pluspunkt. **Ihr könnt so aktiv mithelfen, den Regenwald zu retten.** Natürlich könnt ihr auch in euren Schulen oder bei euren Freunden nachfragen, was sie denn mit ihrem Restgeld anfangen wollen. Bestimmt kann da kaum einer eine Antwort geben! Aber ihr könnt dann einen guten Tipp geben.

Infos zu den Projekten gibt es auf der Waldseite: <http://www.diewaldseite.de>

Helft dem Regenwald und schickt uns euer gesammeltes Restgeld!

Scheine einfach in Briefumschläge stecken, Münzen am besten in gut gepolsterten Päckchen verpacken, Briefmarken drauf und ab zur Post. Natürlich könnt ihr es uns auch gerne persönlich vorbeibringen, wenn ihr in der Nähe seid. Die Adresse ist: Pro REGENWALD, Frohschammerstr. 14, 80807 München.

Falls ihr noch Fragen habt oder ich irgendwie weiterhelfen kann, ruft mich unter der 089-359 8650 an. Mein Name ist Anna Liebrich. Ich mache mein FÖJ bei Pro REGENWALD.

Einsendeschluss ist der 20. Februar 2002 - aktuelle Informationen auf <http://www.pro-regenwald.org>

Der Ara ist der Broschüre 'Pfoten Weg vom Regenwald', entnommen, die von der Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz herausgegeben wurde

■ Neuigkeiten aus unserem Büro

Pro **REGENWALD** bildet aus und läßt sich helfen: zur Zeit machen zwei nette junge Leute ihr Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) und zwei weitere, ebenso nette, ein Praktikum. Sabine und Anna sind seit September FÖJlerinnen - Daniela und Manfred sind bis Jahresende PraktikantInnen.

Nach ihrem Abi machte **Sabine Spöttl** das, was alle AbiturientInnen machen - sich orientieren.

Nachdenken und Grübeln kann sie auch in der Arbeit, hat sie sich gedacht und sich dazu bei *Pro* **REGENWALD** beworben. Wenn sich unser Mäd-

chen-für-alles auf ihre Arbeit konzentriert, dann bearbeitet sie eine der unzähligen Anfragen oder Bilder. Für diesen News-Letter hat sie die mexikanischen Umweltaktivisten aus dem Gefängnis verschwinden lassen! Ihre Perspektive für später findet sie in ihrer tierliebenden Eigenschaft, "irgend etwas



mit Tieren möchte ich mal arbeiten."

Anna Liebrich ist direkt nach dem Abi zu uns gekommen, um ihrem Ziel als Naturwissenschaftlerin näher zu kommen. Wenn

sie nicht grad die Flaschen ausspült, dann kümmert sie sich um die Bibliothek oder als engagierte Sprecherin aller FÖJlerInnen, auch um die, die nicht bei uns sind. Für den News-Letter entwirft sie schleppend die Kinderseite, holt sich Bilder aus dem Net und rückt diese dann für unsere Zwecke zurecht. "Ich will nach Hause..."

Mit Französisch und Portugiesisch als Vater/Muttersprache ist **Daniela Pawlowski** für die Akquise der Waldseiten-Werbepartner zuständig - "wen muß ich anru-



fen?" Sie holt unsere Werbepartner an Bord und denkt dabei an Brasilien. Doch viel lieber denkt sie an ihre Zukunft als Schriftstellerin. Ihr erstes Buch wird nicht nur gesellschaftskritisch sein, sondern auch philosophisch die Generation Grafing darstellen.



Manfred Krumm ist Geographiestudent und interessiert sich ebenfalls für den Tropfen auf dem heißen Stein, der unsere Welt retten soll - *Pro* **REGEN-**

WALD. Neben dem Erlernen nachhaltiger Spülpraktiken, soll er recherchieren, wer sich mit Ölgeschäften im ecuadorianischen Regenwald die Finger schmutzig macht. "Ich komm morgen ein bißchen später, dafür geh' ich dann früher!". Ansonsten sehnt er sich nach ein paar ruhigen Tagen - die, wie es scheint - während des Praktikums nicht kommen werden...

Impressum

DER News-Letter WIRD IN UNREGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN HERAUSGEGEBEN. FÖRDERMITGLIEDER UND FREUNDINNEN ERHALTEN EIN EXEMPLAR.

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Hermann Edelmann, László Maráz, Werner Paczian, John Künzli, Hedwig Friedrich, Yvonne Kraus, Anna Liebrich, Barbara Steiger, Sabine Spöttl, Manfred Krumm, u.a.

Kritik, Anregungen und Rückfragen bitte an:

Pro **REGENWALD**

Frohschammerstr.14, 80807 München
Tel: 089-359 8650, Fax 089-359 6622
e-mail: info.wald@gmx.de oder
prmunic@amazonas.comlink.apc.org
<http://www.pro-regenwald.de>
<http://www.diewaldseite.de>

Postbank München

Konto-Nr. 1490 70-800, BLZ 70010080

Bank für Sozialwirtschaft München

Konto-Nr. 8819 500, BLZ 700 205 00

Wir suchen Fördermitglieder !

Achtung: Neue Beiträge ab dem 1. Januar 2002

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit durch eine Fördermitgliedschaft - für nur 5 • pro Monat fördern Sie aktiv effizienten Umweltschutz.

Seit der Gründung von *Pro* **REGENWALD** im Jahr 1989 war es uns ein Anliegen, die Mitgliedsbeiträge auch für Wenigverdiener bezahlbar zu halten. Mit der Umstellung auf den Euro erlauben wir uns, den Mindestbeitrag durch Rundung anzupassen und dabei geringfügig zu erhöhen.

Der jährliche Mindestbeitrag beträgt ab dem 1. Januar 2002 60 • (=117,30 DM), der ermäßigte Beitrag für SchülerInnen, Auszubildende und Arbeitslose beträgt zukünftig 30 • (=58,66 DM).

Förderbeiträge, die vom Mindestbeitrag abweichen, werden bei jährlicher Abbuchung auf die nächsten 5 • aufgerundet (Bsp. 63 auf 65), bei monatlicher Abbuchung auf den nächsten vollen •.

Falls Sie mit den Aufrundungen, die über den Mindestbeitrag hinausgehen, nicht einverstanden sind, dann rufen Sie uns bitte an (zuständig: Sabine Spöttl)

- + Wenn Sie per Lastschriftzug bezahlen, brauchen Sie nicht zu tun. Wir ziehen ab Januar den neuen Beitrag ein.
- + Wenn Sie per Dauerauftrag bezahlen, bitten wir Sie, diesen entsprechend zu ändern.

Die Abbuchung per Lastschrift ist für uns der kostengünstigste Weg der Beitragszahlung - damit helfen Sie uns Verwaltungskosten zu sparen. Bitte nutzen Sie das beiliegende Formular oder melden Sie sich über unsere Website an.

Wir bedanken uns sehr für Ihre Unterstützung - Ihre Mitgliedschaft gibt uns mehr Planungssicherheit. Wir hoffen auf Verständnis für die Beitragsanpassung.

■ Meldungen aus aller Welt

Manöver im Indianergebiet

Die brasilianische Armee setzt im Bundesstaat Roraima weiter auf die Einschüchterung der Indianer. Ohne eine Ankündigung bei der Indianerbehörde Funai oder bei den betroffenen Dörfern überraschte das Militär am 22. November die Indianer der Terra Indígena Sao Marcos mit einem Manöver, bei dem auch zahlreiche Panzer und andere schwere Kriegsgerät zum Einsatz kam. Hintergrund ist, daß das Militär in der Region gegen den Willen der Indianer einen Militärstützpunkt bauen will - der die Landrechtskampagne schwächen würde.



Bayern: Was ist ordnungsgemäße Forstwirtschaft?

Die Teilnehmer des Waldprogramms Bayern wurden von *Pro REGENWALD* und der Gesellschaft für ökologische Forschung darauf hingewiesen, sich für die längst überfällige Definition des Begriffes 'Ordnungsgemäße Forstwirtschaft' einzusetzen. Waldbesitzerverbände fordern zwar seit Jahren, ihnen Kosten für ökologische und andere Leistungen zu honorieren, die über eine "ordnungsgemäße Forstwirtschaft" hinausgehen. Der Begriff selbst ist bisher jedoch nicht in befriedigender Weise definiert und im Bayerischen Waldgesetz wird er nicht einmal erwähnt! Ein Lichtblick: auf dem ersten deutschen Waldgipfel einigte man sich darauf, das Thema endlich anzupacken und somit eine gemeinsame Diskussionsbasis zu schaffen.

Armes Australien

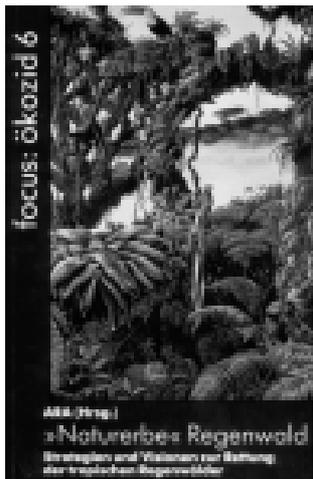
Australien ist eine der führenden Nationen, wenn es darum geht, Entwicklungsländer von der Notwendigkeit des Umweltschutzes zu überzeugen. Im eigenen Land aber wird munter gefrevelt. Letztes Jahr wurden 564.000 Hektar Wälder zerstört, damit nimmt das Industrieland einen führenden Platz in Sachen Abholzung ein. Drei Viertel dieser Waldfläche wurden in Queensland zerstört. Bezieht man auch Buschlandrodung in die Statistik mit ein, dann waren es 120.000 Hektar mehr. Das ist schlimmer als in vielen tropischen Krisenländern. Trotzdem hat Umweltminister Weldford für dieses Jahr die Abholzung von weiteren 644.000 Hektar genehmigt. Kein Problem, meint der Politiker - es handle sich nur um normale Rodungsarbeiten.

Buchtipps:

Naturerbe Regenwald

Strategien und Visionen zur Rettung der tropischen Regenwälder, so lautet der Untertitel dieses Buches aus dem Jahre 1990. Es beschreibt die Ursachen der Bedrohung und stellt Forderungen und Strategien vor, mit denen das Sterben der Tropenwälder noch aufzuhalten wäre.

Das Buch aus der ÖKOZID-Reihe des Focus Verlag ist auch heute noch lesenswert, denn viele der Zusammenhänge und Probleme werden heute noch diskutiert oder sind nicht abgestellt. Darum empfehlen wir das Buch all jenen, die mehr über die vielschichtige Problematik der Regenwaldvernichtung erfahren wollen.



"Naturerbe Regenwald" ist nicht mehr im Buchhandel erhältlich, sondern kann nur bei *Pro REGENWALD* bestellt werden. Dafür kostet es statt der ursprünglichen 29,80 DM nur noch 7 Euro zuzüglich Versandkosten! Solange der Vorrat reicht.

Einige Geschenktipps - auch gut für's neue Jahr

Schenken mit Nützlichem verbinden - *Pro REGENWALD* bietet wieder zwei Möglichkeiten zur Auswahl. Wer gerne aktiven Regenwaldschutz unterstützen will, kauft sich einen ANTEILSCHEIN an einem der folgenden Projekte: Bäume pflanzen, Land vermessen oder wichtige Lobbyarbeit können darüber mitfinanziert werden. Aus Sicht der Projektbetreiber eine hilfreiche Sache: Im laufenden Jahr konnten immerhin für 307 von 750 Anteilen an Baumpflanzprojekten neue 'Besitzer' gefunden werden.

Ein Schein kostet DM 40,- (• 20) oder aber DM 30,- (• 15) - weitere Infos gibt es bei *Pro REGENWALD* unter der 089-359 8650 (Sabine Spöttl) oder im Internet unter www.wald.org/projekte - von wo auch direkt bestellt werden kann.

Bestellungen werden nach Zahlungseingang bearbeitet - jeder Anteilschein kommt mit zusätzlichem Infomaterial und Spendenquittung auf Wunsch per Post.

Wer es lieber gegenständlicher hat, der kann wieder HALSKETTEN aus dem Yakinoprojekt kaufen und schenken. Diese Ketten aus zumeist schwarzen Pflanzensamen werden von Indianerinnen in Brasilien gefertigt und direkt ohne teuren Zwischenhandel über ihre eigene Organisation an *Pro REGENWALD* geliefert. Wie letztes Jahr sind wieder drei unterschiedliche Modelle zum Preis von DM 24,- bis DM 30,- lieferbar. Weitere Infos und Bilder von den Ketten, sowie ein Bestellformular gibt es im Internet unter www.wald.org/yakino - jede Bestellung fördert das Indianerprojekt.

